

**Rede**

**der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
und Vorsitzenden der CDU Deutschlands,**

**Dr. Angela Merkel**

**anlässlich des „Tages der Heimat“  
am 6. August 2005 in Berlin**

**60 Jahre Vertreibung –  
Vertreibungen weltweit ächten**

Anrede,

zum „Tag der Heimat“ überbringe ich Ihnen die ganz herzlichen Grüße und besten Wünsche der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der CDU Deutschlands.

Der diesjährige Festakt des Bundes der Vertriebenen fällt in ein Jahr, das Anlass zu vielfältiger Erinnerung und Rückbesinnung ist.

60 Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen, seit dem Ende des Holocaust, seit dem Ende der unermesslichen Kriegsleiden und Zerstörungen, 60 Jahre auch, seit die Überlebenden ihren ganzen Mut zusammennehmen mussten, um inmitten der materiellen und geistigen Trümmer ihr Leben und ihre Länder wieder aufzubauen.

Das ist eine Zeitdauer, die wir gemeinhin mit zwei Generationen umschreiben. Noch immer reichen die Erinnerungen und Erfahrungen der Katastrophe stark in unsere Gegenwart hinein. Das kann angesichts des Ausmaßes an Verbrechen und Vernichtung auch überhaupt nicht verwundern. Es sind ja gerade die Erfahrungen und Lehren dieser Katastrophe, die ganz wesentlich die Grundlagen für die Bundesrepublik gelegt haben. Sie verpflichten unverändert das heutige Deutschland auf seinem Weg in die Zukunft in Europa und in der Weltgemeinschaft.

Es sind aber auch 60 Jahre nach dem Beginn von Flucht und Vertreibung, fast auf den Tag genau 60 Jahre nach dem Ende der Potsdamer Konferenz und ebenso fast auf den Tag genau 55 Jahre nach der Proklamation der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

Das erinnert uns daran, dass die Befreiung Europas und auch Deutschlands vom Nationalsozialismus damals für viele Deutsche keineswegs anbrechende Freiheit und das Ende von Leid bedeutete. In der östlichen Hälfte Europas und in Mittel- und Ostdeutschland übernahm eine neue totalitäre Diktatur die Herrschaft.

Wir müssen die Geschichte von Flucht und Vertreibung als Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte ansehen und wir müssen sie weitervermitteln. Dies gehört für mich zum historischen Bestand unserer Nation und zu einer zukunftsfähigen Kultur des Erinnerns.

Dies hat nichts mit einer Umschreibung der Geschichte zu tun. Niemand von uns leugnet die Ursächlichkeit der NS-Herrschaft für Krieg und Vertreibung. Niemand leugnet die fortdauernde Verantwortung des heutigen Deutschlands dafür, dass Diktatur und Krieg sich nicht wiederholen dürfen.

Ralph Giordano sagt uns, er wolle auch über die Bilder deutschen Flüchtlingselends weinen und klagen können, *„ohne dass das bedeutet, - ich zitiere ihn - dass ich eine Träne weniger vergösse für die Opfer des Mords an den Juden, den Sinti, den Roma und anderen.“* - Ende des Zitats. Um das zu lernen, habe er lange Jahre gebraucht und er fährt fort: *„Die Fähigkeit zur Empathie, dem Mitgefühl für andere Opfergruppen – das müssen wir aus dem 20. Jahrhundert lernen, sonst wird es keinen Weg in die Zukunft geben.“* - Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren,

das Gedenken, das heute im Mittelpunkt steht, hat vor allem mit Wahrhaftigkeit zu tun, und mit der Kraft eines Volkes, seine eigene Geschichte in allen ihren Aspekten anzunehmen.

Annehmen, das heißt gerade für die heutigen Generationen im Sinne Giordanos: mitfühlen, die Geschehnisse ein Stück weit zur eigenen Erfahrung werden lassen und sie sich dadurch zu eigen machen. Erst diese Aneignung sichert, dass die Verpflichtungen, die aus der historischen Verantwortung erwachsen, in den entscheidenden Momenten der Gegenwart auch wirklich präsent und handlungsleitend sind.

Bei einer wahrhaftigen Erinnerung muss es dann auch im Zusammenhang mit der Vertreibung erlaubt sein, Unrecht Unrecht zu nennen.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten war Unrecht. Sie kann ohne den vorangegangenen Vernichtungskrieg, den das nationalsozialistische Deutschland begonnen hatte, nicht gedacht und nicht gewogen werden, das wissen wir. Aber das ändert nichts daran, dass es für Vertreibung weder eine moralische noch politische Rechtfertigung gibt. Es ändert nichts daran, dass sie völkerrechtswidrig war.

Vertreibungen und sog. ethnische Säuberungen, ein schlimmes Wort ist das, sind grundsätzlich und immer schwere Menschenrechtsverletzungen. Dies deutlich zu machen, war die Position der Bundesregierungen seit 1949, und CDU und CSU vertreten diese Auffassung auch heute. Es bleibt deshalb gültig, was der französische Philosoph und Goethepreisträger Raymond Aron gesagt hat - ich zitiere: *„Der Charakter und die Selbstachtung einer Nation zeigen sich darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht.“* - Ende des Zitats.

Eine mitfühlende Erinnerung an das Leid der Flüchtlinge und Opfer des eigenen Volkes ist auch heute das Gegenteil von Aufrechnung, Relativierung oder Verdrängung. Vielmehr ist es so, dass wir als Deutsche den Blick auf die Schrecken der NS-Vergangenheit weiterhin aushalten müssen - das aber auch können, weil er nicht verlangt, die anderen Seiten unserer Geschichte auszublenden.

Meine Damen und Herren,

angesichts des Schicksals, von dem 15 Millionen Deutsche als Flüchtlinge oder Vertriebene betroffen waren, ist es eine kaum zu überschätzende historische Leistung, wie schnell Sie, die deutschen Heimatvertriebenen, sich konsequent der Zukunft zugewandt haben.

Bereits am 5. August 1950 haben die Vertriebenen vor dem Stuttgarter Schloss die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ proklamiert. Sie haben darin feierlich

- auf Rache und Vergeltung verzichtet,
- angekündigt, sich durch harte Arbeit unermüdlich am Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Deutschland zu beteiligen
- und sich zu einem friedliebenden Deutschland in einem gemeinsamen Europa bekannt.

Die „Charta der Heimatvertriebenen“ war ein herausragendes Friedenswerk. Dies ist ein großes historisches Verdienst, für das Ihnen auch heute noch Dank und Anerkennung gebührt.

Es mag sich jeder vorstellen, wie anders die Geschichte Deutschlands und vielleicht auch Europas hätte verlaufen können, wenn es zu diesem Bekenntnis nicht gekommen wäre.

Sie, die Heimatvertriebenen, haben die Charta aber auch mit Leben erfüllt.

In den sechs Jahrzehnten nach Flucht und Vertreibung haben sich die deutschen Heimatvertriebenen immer wieder, nicht nur am „Tag der Heimat“, zu ihrer Heimat im Osten bekannt. Das bedeutete für sie, ihre Kultur zu wahren und zu pflegen.

Sie haben sich über viele Jahre, manche über Jahrzehnte, zum Wohl der Heimatvertriebenen, der deutschen Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten eingesetzt.

Für diesen Einsatz danke ich Ihnen ganz persönlich. Denn der Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge ist Dienst an unserem Vaterland, an deutscher Geschichte. Er ist Einsatz für die Bewahrung und Fortentwicklung deutscher Kultur.

Aber Sie gingen auch weiter. Sie haben Kontakte geknüpft zu den in der alten Heimat verbliebenen Deutschen wie zu den neuen Bewohnern. Sie sind zu Botschaftern der Verständigung und Versöhnung in Europa geworden.

Auch dafür gilt mein Dank, und ich möchte ihn an dieser Stelle besonders an Sie, Frau Steinbach richten - für ihren Einsatz, Ihr stetes Bemühen, Ihre Aufrichtigkeit und Ihre klare Haltung.

Mein Damen und Herren,

es ist ganz wesentlich ein Verdienst der Heimatvertriebenen selbst, dass ihre Integration in die Nachkriegsgesellschaft trotz anfänglicher Schwierigkeiten zu einer der großen Erfolgsgeschichten der jungen Bundesrepublik werden konnte.

Entwurzelt zu werden und dennoch die Kraft aufzubringen, die Zukunft mit Maß und Stetigkeit, mit Mut und Zuversicht zu gestalten, das ist eine erstaunliche Leistung. Sie konnte wohl gerade deshalb gelingen, weil Sie im Herzen Ihre Heimat und Herkunft lebendig gehalten haben. So konnten Sie Ihrem Leben weiterhin Richtung geben, statt innerlich leer und nach außen orientierungslos zu werden.

Ich finde, dies alles drei, die Erinnerung an die Opfer, das Friedenswerk der Charta und die gelungene Integration sind Grund genug, einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung einzurichten.

Meine Damen und Herren,

es erfüllt mich auch heute noch mit Stolz, dass die unionsgeführten Bundesregierungen, vor allem die Konrad Adenauers, zur Integration der Heimatvertriebenen einen erheblichen Beitrag geleistet haben.

Mit dem Soforthilfegesetz 1949, vor allem aber mit dem Lastenausgleichsgesetz im Jahre 1952 verbindet sich ein außerordentlicher finanzieller Kraftakt unseres Landes und seiner Menschen.

In beispielloser Solidarität haben Bund, Länder, aber auch die Bürger, deren Vermögen in den Verwüstungen des Krieges nicht untergegangen war, es möglich gemacht, dass die Lebensgrundlagen für 8 Millionen deutsche Heimatvertriebene in der „alten“ Bundesrepublik neu geschaffen werden konnten. Die sog. Lastenausgleichs-abgaben waren ein gelebtes Füreinander-Einstehen.

Dabei kann überhaupt kein Zweifel bestehen, dass diese entschlossene Politik auch einen der wesentlichen Grundsteine für die Aufbruchstimmung und für das Wirtschaftswunder gelegt hat. Für diese Integrationsleistung wird Deutschland heute noch in der Welt bewundert.

Ich erinnere daran gerade auch angesichts der großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Was damals geleistet werden musste, war in seiner Dimension gewiss nicht geringer – und es ist gelungen. Wir können es also auch heute schaffen, wenn wir nur wirklich wollen.

Jede Zeit hat sicher ihre eigenen Anforderungen, aber die Haltung, mit der man Probleme erfolgreich bewältigt, ist meist die gleiche. Ich wünsche mir deshalb etwas von der Entschlossenheit, dem Aufbruchwillen und von der gelebten Solidarität aus dieser Zeit.

Meine Damen und Herren,

15 Millionen Deutsche sind am Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben worden. Rund 3 Millionen deutsche Spätaussiedler sind vor allem in der Zeit nach 1990 zu uns nach Deutschland gekommen.

Etwa 2 Millionen Deutsche leben heute noch als Minderheit in ihren Heimat- bzw. Herkunftsgebieten. Daher ist ein Wirken dort nach wie vor von großer Aktualität und Bedeutung.

Die Union steht an der Seite der deutschen Spätaussiedler. Wir erkennen das schwere Leid an, das besonders die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion erfahren mussten. Die deutsche Kultur, die deutsche Sprache, ihre Religion – das alles wurde über Jahrzehnte streng unterdrückt. Sie haben an ihrer Heimat festgehalten. Daher halten wir auch an der Bestimmung über das kollektive Kriegsfolgen-schicksal fest.

CDU und CSU erkennen die Verantwortung Deutschlands an und verstehen die zu uns gekommenen Spätaussiedler zugleich als Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Dies haben wir bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz unter Beweis gestellt, bei denen wir unter schwierigen Verhandlungsbedingungen viel für die Gruppe der deutschen Spätaussiedler erreichen konnten.

Für uns gilt auch künftig: Der Artikel 116 Grundgesetz steht nicht zur Disposition. Die von Teilen der FDP beabsichtigte Abschaffung und damit die Beendigung der Aufnahme deutscher Spätaussiedler entspricht nicht unserer Auffassung. Es ist allerdings auch klar, dass wir unsere Integrationsanstrengungen noch verstärken und Missbrauch begegnen müssen.

Meine Damen und Herren,

mit dem ehemaligen ostdeutschen Kulturraum sind große Namen aus Kunst, Wissenschaft, Literatur und Philosophie verbunden. Wir denken beispielsweise an die Ostpreußen Immanuel Kant, E.T.A. Hoffmann und Gottfried Herder, an die Schlesier Joseph von Eichendorff und Gerhart Hauptmann oder an den Pommern Alfred Döb-  
lin.

Wie arm wäre Deutschland, würden wir uns unser Geistesleben ohne sie vorstellen. Ihr Werk ist aber auch nicht zu verstehen ohne die Einbindung in die Geschichte und Kultur der jeweiligen Region.

Mit der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten war der Verlust der Heimat und des Eigentums verbunden, aber der geistige Besitz wurde mitgebracht. Seine Erhaltung ist Aufgabe des § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz. Dies als Teil des historischen Erbes Deutschlands und Europas.

§ 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes verpflichtet Bund und Länder - ich zitiere -, „*das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes*“ zu erhal-

ten. Er verpflichtet ferner, Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern.

Es handelt sich, da kann kein Zweifel bestehen, um eine wichtige und aktuelle Aufgabe. Sie ist im Einigungsvertrag festgeschrieben, und sie ist auch noch nach über 50 Jahren keineswegs obsolet.

Im Gegenteil: 15 Jahre nach der politischen Wende in Europa und angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union haben sich neue Aufgaben ergeben: in den ehemaligen Heimatgebieten, in der erweiterten Europäischen Union und in unserem Land.

Die Bedeutung und die Möglichkeiten dieser Arbeit ist in den vergangenen Jahren leider nicht immer mit der entsprechenden Weitsicht erkannt worden. Wir brauchen einen Kurswechsel in diesem Bereich unserer Kulturpolitik. Die Heimatvertriebenen müssen wieder stärker aktiv an der Gestaltung dieser Politik beteiligt werden. Die etwas einseitige Ausrichtung auf eine Museumsförderung sollte durch ein Konzept ersetzt werden, das stärker auf Zukunft und Weiterentwicklung von Kultur gerichtet ist.

Wer keine Herkunft hat, hat auch keine Zukunft - in diesem Sinne verstehe ich die Pflege und das Bewahren des 800-jährigen Erbes deutscher Geschichte und Kultur aus dem Osten.

Das ist die Voraussetzung für eine gelebte Partnerschaft in Europa, insbesondere in der neuen, erweiterten Europäischen Union. Die Heimatvertriebenen haben die europäische Dimension und das gemeinsame Erinnern von gemeinsamer Geschichte von Anfang an zu ihrem Selbstverständnis gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Geschichte von Flucht und Vertreibung steht in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion wie selten zuvor. Eine Vielzahl von Fernsehbeiträgen und Büchern ist gerade in den letzten Jahren entstanden. Das Interesse daran ist groß und ungebrochen. Das ist erfreulich.

Und auch der Bedarf an Aufarbeitung bei uns in Deutschland ist nach wie vor hoch. So durften z.B. die betroffenen Menschen in der ehemaligen DDR über Jahrzehnte nicht öffentlich über ihr Schicksal sprechen.

Deswegen begrüße ich es, wenn die Vertreibungsgeschichte zu einem festen Bestandteil im Schulunterricht wird. Zunehmend folgen ja weitere Bundesländer den guten Beispielen aus Baden-Württemberg und Bayern.

Meine Damen und Herren,

Vertreibungen sind Willkür und verstoßen gegen grundlegende Menschenrechte.

Das Vertreibungsschicksal mussten nicht nur Millionen von Deutschen erleiden. Vor ihnen, mit ihnen – und auch in den Jahrzehnten danach – mussten Millionen Menschen in Europa und in der Welt ähnliches erdulden.

Mit der Wahl des Titels des heutigen Festaktes „60 Jahre Vertreibung – Vertreibungen weltweit ächten“ richten Sie, richtet der Bund der Vertriebenen, seinen Blick ganz bewusst nicht nur auf das eigene Leid und die Vergangenheit. Vielmehr formulieren Sie einen wichtigen politischen Auftrag an Gegenwart und Zukunft.

Das ist entscheidend, denn nur so kann aus dem Schlimmen, das geschehen ist, etwas Neues und am Ende Gutes für die Zukunft entstehen.

In einer Grußbotschaft aus dem Jahr 1995 hat der damalige Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen, José Ayala-Lasso, der gleich auch noch sprechen wird, die große Aktualität dieser Fragen angesprochen. Er hat deutlich gemacht, dass ethnische Säuberungen, Vertreibungen und Bevölkerungsumsiedlungen fundamentale Menschenrechte verletzen und auf den Artikel 21 des 'Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind' hingewiesen, in dem die Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat als besonders gravierende Menschenrechtsverletzung bzw. als internationales Verbrechen bezeichnet wird.

Ich bin überzeugt, dass es unsere Aufgabe ist, durch Mitfühlen, durch Anerkennen und Aussprechen des Geschehenen zur Heilung von Vertreibungsunrecht aus der Vergangenheit beizutragen. Das, glaube ich, ist auch der entscheidende Kern für Versöhnung und Frieden mit dem eigenen Schicksal - und nicht die materiellen Fragen.

Es ist aber genauso unsere Aufgabe, nach allen Kräften mitzuhelfen, dass Menschen künftig solche Schicksale erspart bleiben. Eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik erfordert einen glaubwürdigen Umgang mit dem Unrecht von jeder Art von Vertreibung und ethnischer Säuberung. Dies ist eine Aufgabe der Politik und insbesondere der Bundesregierung, der sie sich stellen muss.



CDU und CSU haben über sechs Jahrzehnte ihren Beitrag geleistet, die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen wach zu halten. Dies gilt insbesondere in den Jahren, als sonst niemand über das Thema sprechen wollte und man sich zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt sah. Dies hat sich glücklicherweise deutlich geändert. Standhaftigkeit zahlt sich aus, wenn sie maßvoll im Ton und der Sache, aber fest in der Richtung betrieben wird.

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten die feste Verankerung Deutschlands in Europa erreicht. Der Kontinent hat seine Spaltung überwunden, die Bundesrepublik hat dies mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützt. Deutschland lebt in Frieden und guter Freundschaft mit allen seinen Nachbarn.

Seit Konrad Adenauer hat die Aussöhnung mit Polen den gleichen politischen und moralischen Stellenwert wie die Aussöhnung mit Frankreich. Dies hat auch künftig unter einer von mir geführten Bundesregierung Bestand. Hier können unsere Nachbarn die Union auch künftig an ihren Taten messen.

Dies gibt uns aber auch das Recht, jenen zu widersprechen, die in der Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen ein Indiz für Aufrechnung oder eine Umschreibung der Geschichte sehen wollen.

Deshalb unterstützte ich ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, in dem die Erinnerung an jene Tragödie und die ausgestreckte Hand der Versöhnung gemeinsam sichtbar werden.

Geplant ist ein Zentrum der Aufarbeitung, der Dokumentation und Darstellung. Es ist auch Ort der Dokumentation eines schlimmen historischen Irrtums; des Irrtums, durch die zwangsweise Schaffung sog. ethnisch reiner Gebiete Konflikte vermeiden zu können.

Die Stiftung hat sich ausdrücklich als Aufgabe gestellt - als eine von vier gleichrangigen Aufgaben – die Vertreibung und den Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa zu behandeln.

Die Einbindung in ein europäisches Netz von Erinnerungsstätten halte ich für wichtig, die Konzeption des Zentrums steht dem ausdrücklich nicht entgegen.

Ich begrüße die Ideen, Vertreibungszentren in verschiedenen Städten Europas zu errichten – in Breslau, in Sarajewo, in Eriwan beispielsweise – als Orte jeweils nationaler Erinnerung über unvergleichliche Verbrechen der europäischen Vertreibungen. Diese Zentren könnten untereinander Ausstellungen, Wissenschaftler und Forschungsergebnisse austauschen und sich somit ergänzen. Das wünsche ich mir.

Ich bin überzeugt, dass gerade auch das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin nicht nur einen wichtigen Beitrag leisten wird, Vertreibungen und ethnische Säuberungen europa- und weltweit zu ächten, sondern ebenso völkerverständigend wirken wird.

Vor diesem Hintergrund vermag ich die Kritik an dem Projekt nicht zu teilen. Sorgen in anderen Ländern, insbesondere in Polen, nehme ich ernst. Selbstverständlich gibt

es dort einen berechtigten Erklärungsbedarf. Wir haben aber alle Argumente, diese Sorgen auszuräumen, das ist meine feste Überzeugung.

Entschädigungsforderungen, wie sie etwa die Preussische Treuhand vorträgt, rufen dagegen in Polen neue Angst hervor. Für sie gibt es, lassen Sie mich das an dieser Stelle klar und deutlich sagen, von uns keine politische Unterstützung. Ich freue mich auch, dass die Führung des Bundes der Vertriebenen das genauso sieht.

Meine Damen und Herren,

mit den Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ erinnern die Heimatvertriebenen alljährlich und im Geiste der Versöhnung an ihr Schicksal und an ihre alte Heimat. Sie tun dies auch 60 Jahre danach nicht gefangen in der Vergangenheit, nicht rückwärtsgewandt, sondern mit dem Blick auf das Heute und Morgen und mit der Forderung „Vertreibungen weltweit zu ächten“.

Ein solches Gedenken verbunden mit dem Willen zur Zukunftsgestaltung ist wichtig und aktuell. Wir alle kennen die schlimmen Bilder aus Darfur in diesen Tagen, wo wieder Menschen Opfer von Vertreibung und Gewalt geworden sind, wo Vertriebene unter entsetzlichen Bedingungen leben müssen und Zehntausende den Tod finden.

Wir kennen aber auch die Nachrichten über die Bemühungen der Staatengemeinschaft, die Verantwortlichen für ethnische Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien ausfindig zu machen und für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen.

Aufarbeitung und Gedenken sind gerade auch aus vorbeugenden Gründen wichtig, denn am meisten müssen die Täter und Verantwortlichen für Vertreibungen fürchten, ist, dass man ihre Taten nicht vergisst.

Nicht zuletzt Ihnen, den deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Erinnerungsarbeit ist es zu verdanken, dass ein geschärftes Bewusstsein für die tiefen Wunden entstanden sind, die Vertreibungen schlagen und die Jahrzehnte und Jahrhunderte später noch den Frieden und Ausgleich unter den Völkern belasten können.

Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen ist glücklicherweise das Gegenbeispiel, nämlich eine Geschichte der Zuwendung zur Zukunft statt zur Vergangenheit, von alter und neuer Heimat statt dauernder Entwurzelung, eine Geschichte von Völkerverständigung statt Völkerhass.

Sie haben mehr an unserer gemeinsamen Geschichte tragen müssen als die meisten anderen Deutschen. Sie haben es mit Bravour gemeistert. Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass unser Land heute friedensstiftend tätig werden kann. Ihre Leistung zählt zu den Herausforderungen, deren Bewältigung Deutschland im vergangenen Jahrhundert wirklich geglückt ist. Das ist aller Grund, heute ehrend zu gedenken – und es ist Anlass, für Deutschland mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

Ich danke Ihnen.